GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.41 | November 2020

Am 29.11. Franziska Teuscher und Liste 28 wählen!

Franziska Teuscher am 29. November 2x auf jede Liste

STAND
Lea Bill
● Konsequent für eine solidarische und grüne Stadt Bern

MITTEL
Franziska Teuscher
● Masterplan Arbeitsintegration Bern – die Ziele

SICHT
AGKOM
● Warum eigentlich das Grüne Bündnis wählen?

Konsequent für eine solidarische und grüne Stadt Bern

Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Fernwärmenetz: In diesen Bereichen ging es dank dem GB in der letzten Legislatur vorwärts. Damit Bern wirklich ein Zuhause für alle wird, braucht es auch in den nächsten vier Jahren ein starkes GB.

Das GB konnte in der letzten Legislatur zahlreiche Erfolge erzielen. So wird der preisgünstige und gemeinnützige Wohnungsbau vermehrt gefördert, zum Beispiel auf dem Viererfeld / Mittelfeld. Es wird eine neue Schwimmhalle gebaut und es werden zahlreiche Schulhäuser und Freibäder saniert. Dank dem GB ist es zu-dem gelungen, dass die kantonale Reform der Kinderbetreuung nicht zum Abbau von Kitaplätzen führt. Wer sich einbürgern lassen will, zahlt künftig weniger. Auch der beschleunigte Ausbau des Fernwärmenetzes und die ambitionierten Klimaziele des Gemeinderates sind auf GB-Druck zurückzuführen. Und nicht zuletzt konnte dank dem Effort der GB/JA!-Fraktion beim Budget 2021 ein Sozialabbau verhindert und stattdessen der Fokus auf jene Massnahmen gelegt werden, die einem grossen Teil der Bevölkerung zugutekommen.

Das GB verfolgt eine Politik, die alle einbezieht und die Stadt Bern für alle zu einem Zuhause macht. Dafür braucht es weiterhin viel mehr günstige Wohnungen und eine ausgebaute soziale Infrastruktur wie Beratungs- und Anlaufstellen in den Quartieren. Mit der Einführung von Ganztagesschulen in allen Stadtteilen und einer Urban Citizenship soll die Stadt Bern weitere Schritte Richtung Chancengleichheit und Inklusion gehen. Zudem braucht es auf die Stadt bezogene Klimamassnahmen wie Entsiegelung und Begrünung, viel weniger Parkplätze, Tempo 30 auf dem gesamten Stadtgebiet und es braucht die Förderung einer vielfältigen, vor allem nicht kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums, um den Menschen mehr Lebensraum und der Umwelt Überlebenschancen zu geben.

Dafür setzt sich das GB weiterhin ein, ohne Wenn und Aber. Deshalb: Am 29. November das Grüne Bündnis (Liste 28) in den Stadtrat und Franziska Teuscher in den Gemeinderat wählen!

Lea Bill, GB-Stadträtin und Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

Abstimmungen vom 29. November 2020

Stadt
- **JA** zum Budget 2021 der Stadt Bern
- **JA** zum Baukredit: Sanierung und Erweiterung Volksschule Markus
- **JA** zum Baukredit: Gesamtsanierung Volksschule und Turnhallen Matte

Kantonal
- Keine

National
- **JA** zur Konzernverantwortungs-Initiative (KVI)
- **JA** zur Kriegsgeschäfte-Initiative (KGI)

«Es ist unerträglich, wie gewisse Schweizer Multis jede Rechtslücke, jeden korrupten Staat, jedes Elend der Menschen ausnützen, um noch mehr Profit zu machen. Die Konzernverantwortungsinitiative nimmt die Konzerne endlich in die Pflicht und sorgt dafür, dass sie für Menschenrechtsverletzungen geradestehen müssen. Gemeinsam können wir diesen Schritt für mehr globale Gerechtigkeit schaffen!»

Ja zur Konzernverantwortungsinitiative

Skrupellose Konzerne vergiften Trinkwasser, vertreiben Menschen und zerstören ganze Landstriche. Damit sie endlich dafür geradestehen müssen, wenn sie oder ihre Tochtergesellschaften Schäden im Ausland anrichten, braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.

Die KVI fordert eine Selbstverständlichkeit: Konzerne sollen Menschenrechte und internationale Umweltstandards einhalten – auch im Ausland. Das ist leider heute nicht der Fall: Der Agrokonzern Syngenta verkauft hochgiftige Pestizide in Länder des Globalen Südens, die hierzulande längst verboten sind. LafargeHolcim betreibt im Südwesten Nigerias eine Zementfabrik, die mit Feinstaub ein ganzes Dorf vergiftet. Hiesige Zementfabriken wären bei solchen Emissionen längst geschlossen. Diese Beispiele zeigen: Für Schweizer Multis ist ein Menschenleben nicht überall gleich viel wert. Dem tritt die Konzernverantwortungsinitiative entgegen. Sie setzt ein Zeichen gegen modernen Kolonialismus.

Die Initiative stärkt mit ihrem Haftungsmechanismus gleichzeitig die Prävention und die Geschädigten. Die grossen Konzerne können künftig nicht mehr einfach die Augen vor Risiken für Mensch und Umwelt verschliessen. Und die Geschädigten können hier in der Schweiz Wiedergutmachung erlangen.

Die Bewegung für mehr Konzernverantwortung ist heute sehr breit. Sie verdankt ihren bisherigen Erfolg aber den kämpferischen Solidaritätsgruppen und linken Parteien, die schon seit Jahrzehnten über die Machenschaften der Multis recherchieren und berichten.

Seien wir also weiterhin realistisch – gemeinsam können wir die Abstimmung gewinnen!
Infos, Material, Spenden: www.konzern-initiative.ch

Rahel Ruch, GB-Stadträtin, Co-Präsidentin GB

«Ich möchte sicher sein können, dass meine Pension nicht durch das Geschäft mit Krieg und Zerstörung gespeist wird. Darum ist es unhaltbar, dass man in der Schweiz gezwungen werden kann, sein Geld in Pensionskassen anzulegen, die Waffenproduzenten finanzieren. Das müssen wir unbedingt ändern!»

Nicht mit unseren Rentengeldern!

Mit Schweizer Renten- und Nationalbankgeldern werden Rüstungsfirmen finanziert, die mit ihren Geschäften weltweit bewaffnete Konflikte anheizen und für Leid und Zerstörung verantwortlich sind. Das will die Kriegsgeschäfte-Initiative nun verbieten.

Atomwaffen sind weltweit geächtet. Es ist aber dennoch nicht verboten, in Unternehmen zu investieren, die solche Waffen produzieren. So investierte beispielsweise die Nationalbank im dritten Quartal 2018 über 2,2 Milliarden Franken in Atomwaffenproduzent_innen! Aber nicht nur die Nationalbank, auch die Schweizer Pensionskassen finanzieren Rüstungskonzerne mit jährlich 4 bis 12 Milliarden Franken. Dies ist umso erschreckender, weil die Arbeitnehmer_innen in der Schweiz verpflichtet sind, ihr Geld in einer Pensionskasse anzulegen. Sie haben jedoch kaum Einfluss darauf, wie die Pensionskassen dieses Geld investieren. Oft wird in Fonds angelegt, die aus einer Vielzahl von Firmen zusammengesetzt sind. So ist es fast unmöglich aufzuklären, in welche Unternehmen das Geld fliesst.

Auch in Bern ist die Situation unbefriedigend. Die GB/JA!-Motion «Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion!» wurde vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen. Dies mit der Begründung, es sei (finanziell) zu aufwändig das Geld in Fonds anzulegen, die Kriegsmaterialproduzenten ausschliessen. Zudem könne die Stadt der Pensionskasse keine solchen Vorgaben machen. Die Motion konnte darum nur als nichtbindende Richtlinie überwiesen werden.

Das zeigt: Nur verbindliche Regeln auf nationaler Ebene können garantieren, dass unser Geld nicht in Waffengeschäfte investiert wird. Darum braucht es am 29. November ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative.

Katharina Gallizzi, GB-Stadträtin

Masterplan Arbeitsintegration Bern – die Ziele

Facts-Box

Die Stadt Bern ist aktiv, braucht aber engagierte Partner_innen

Die Wirtschafsstruktur in Bern ist stark geprägt von Verwaltungen, Nonprofit-Organisationen und staatsnahen Betrieben. Ziel ist es deshalb, auch die Bundesverwaltung, die Kantonsverwaltung, Bildungseinrichtungen, Spitäler, Verkehrsbetriebe, Kulturinstitutionen, Energieversorger und weitere öffentliche oder von der öffentlichen Hand getragene oder subventionierte Einrichtungen für eine Partnerschaft bei der Arbeitsintegration zu gewinnen. Zu dieser Gruppe von Arbeitgebenden zählt auch die Stadtverwaltung selber. Sie engagiert sich als grosse Arbeitgeberin bereits heute stark für die Arbeitsintegration. Die Stadt kann die Herausforderungen in der Arbeitsintegration jedoch nicht alleine lösen. In der Stadtverwaltung arbeiten ungefähr 3100 Personen, was einem Anteil von weniger als 2 % aller Beschäftigten in der Stadt Bern entspricht. Demgegenüber liegt die Gesamtzahl der Arbeitnehmenden in allen Berner Betrieben bei 188'000 Personen. Geht man von einer für den Dienstleistungsbereich typischen Fluktuationsrate von 7 % pro Jahr aus, werden in der Stadt Bern über alle Betriebe gesehen pro Jahr etwa 13'000 Stellen frei. In diese gilt es, mehr Personen, die ohne Arbeit sind und deshalb Sozialhilfe benötigen, zu vermitteln.

Der Sozialdienst der Stadt Bern betreut rund 6700 Personen aller Altersstufen (Zahlen 2019). Ein Viertel der erwachsenen Sozialhilfebezüger_innen kann wegen Krankheit, Unfall, Betreuungspflichten oder Ausbildung nicht arbeiten. Für viele der Erwerbslosen hingegen ist die berufliche und soziale Integration und letztlich die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt das erklärte Ziel. Mit den Massnahmen des «Masterplan Arbeitsintegration Bern» sollen mehr Menschen in den Arbeitsprozess zurückgeführt werden. Gemeinderätin und Sozialdirektorin Franziska Teuscher erklärt, wie das geht.

Franziska, wieso ist es so wichtig, dass stellenlose Personen im Arbeitsprozess (wieder) Fuss fassen?

● Es geht einmal um die finanzielle Unabhängigkeit dieser Frauen und Männer. Aber auch um ihre Anerkennung in der Gesellschaft sowie ihre psychische Gesundheit. Denn Krankheit macht arm und Armut macht krank. Nicht vergessen darf man dabei, dass hinter den 4629 erwachsenen Personen in der Sozialhilfe 2077 Kinder und Jugendliche stehen, die von Arbeitslosigkeit und Armut mitbetroffen sind.

Wie präsentiert sich die Ist-Situation in der Stadt Bern bei der sozialen und beruflichen Integration?

● Das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) ist innerhalb der Stadtverwaltung die zentrale Stelle, die sich um die berufliche (Re-)Integration kümmert. Pro Jahr werden etwa 600 stellenlose Personen gefördert. Es ist in den letzten Jahren trotz eines schwierigen Arbeitsumfelds gelungen, rund 40 % der Klient_ innen, also rund 160 Personen, in eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Es schlummert also viel Potenzial in den Menschen, die Sozialhilfe benötigen.

Kannst du uns Beispiele geben, welches die konkreten Angebote des Kompetenzzentrums Arbeit sind?

● Ja, da gibt es ein breites Spektrum: Im KA werden die Teilnehmenden in internen Betrieben an die Arbeitswelt herangeführt, qualifiziert und ausgebildet. Dies geschieht etwa in der Zieglerküche, in den fünf Velostationen, im Glasdesign oder im Betriebs-Center, das Reinigungsarbeiten für die SBB und Bernmobil leistet. In all diesen Feldern werden der Aufbau von Grund- und Schlüsselkompetenzen und der Erwerb von Qualifikationen ermöglicht sowie

Arbeitstrainings durchgeführt. Für arbeits- oder ausbildungslose junge Erwachsene gibt es die Motivationssemester. Sie werden bei der Lehrstellensuche unterstützt und erhalten dafür praxisnahe oder praxisbezogene Einsatzmöglichkeiten, etwa im Gärtnereiareal am Löchliweg 71A (vgl. Bild), wo sie kürzlich beim Hausumbau mithalfen.

Was sind die nächsten Schritte, was soll sich ändern?

● Mit einem Coaching und neuen Instrumenten bei der Potenzialabklärung sollen die Stellensuchenden noch besser begleitet werden. Wir wollen durch bessere Vermittlungsplattformen und -dienstleistungen den Anteil der Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt von heute 40 auf 50 % steigern. Denn: Vom KA wissen wir, dass jährlich zusätzlich zwischen 50 bis 100 Personen für den ersten Arbeitsmarkt parat wären. Bloss: Die passenden Stellen fehlen...

... und deshalb ist der «Masterplan Arbeitsintegration» ausgearbeitet worden?

● Ganz genau. Heute gehören 350 Betriebe (= 2 % aller Betriebe) in der Stadt Bern zum Partner-Netzwerk des KA. Das sind zum Teil langjährige, stabile Partnerschaften; für das Engagement dieser Betriebe bin ich sehr dankbar. Es besteht in Bern jedoch noch viel ungenutztes Potenzial bei der Wirtschaft, aber auch in der Verwaltung.

Wie funktioniert der Masterplan konkret?

● Der Gemeinderat hat den Masterplan Arbeitsintegration im Frühling 2020 verabschiedet. Mit den festgelegten Massnahmen sollen mehr Zugänge und Stellen im ersten Arbeitsmarkt für Personen aus der Sozialhilfe ermöglicht werden. Da wir keine Vorgaben für eine verbesserte Arbeitsintegration erlassen können, wollen wir auf der Basis von freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Wie kann dies konkret aussehen?

● Ein Kernstück wird die «Charta Arbeitsintegration Bern» sein. Mit deren Unterzeichnung verpflichten sich Organisationen und Betriebe aus Wirtschaft und Verwaltung, die Arbeitsintegration aktiv zu fördern. Eine solche Charta ist Neuland. Folgende Elemente sind angedacht:

– Verankerung des Commitments zur Arbeitsintegration in Leitbildern und Betriebskultur sowie Sichtbarmachen des Engagements der Charta-Betriebe gegen aussen.
– Regelmässige Sensibilisierung von Kader und HR-Verantwortlichen, etc.

Kann dies die Stadt Bern alleine stemmen?

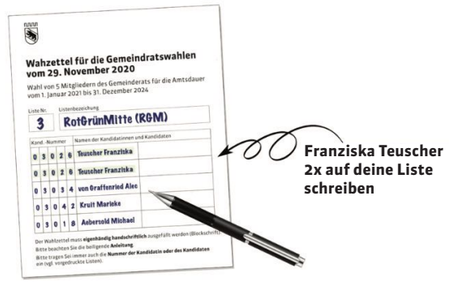
● Nein, das Aushandeln einer solchen Charta kann nicht auf der Ebene der einzelnen Betriebe oder der Stadt Bern erfolgen, sondern muss durch die Wirtschaftsverbände und die öffentlichen Verwaltungen auf dem Platz Bern – Stadt, Kanton und Bund – und zusammen mit Partnergemeinden an die Hand genommen werden.

Wie geht es weiter, wo steht die Umsetzung?

● Wir wollten mit der Umsetzung des Masterplans eigentlich diesen Frühling starten. Leider verzögert die Pandemie die Umsetzung nicht nur, sondern erschwert sie generell, weil sie Bereiche der Wirtschaft trifft, die niederschwellige Arbeiten anbieten. Es eröffnen sich aber auch neue Chancen, so zum Beispiel in der Logistik oder der Reinigungsbranche. Wir werden starten, sobald es die Lage zulässt.

Interview: Myriam Duc, Redaktion grün.

AKTIONS



● **Jede Stimme zählt!**
So wählst du richtig: Am wirksamsten unterstützt du uns, wenn du für die Stadtratswahlen die Liste 28 Grünes Bündnis und Gewerkschafter_innen unverändert einwirfst und Franziska Teuscher 2x auf die Gemeinderatsliste RotGrünMitte schreibst.

Sparen mit dem Rasenmäher verhindert

Das GB hat sich seit Monaten intensiv mit den Stadtfinanzen auseinandergesetzt und das lineare Sparen über alle Direktionen bekämpft. In der Budgetdebatte hat die GB/JA!-Fraktion dafür gesorgt, dass der Stadtrat die vom Gemeinderat vernachlässigte Priorisierung selber vorgenommen hat. Dabei war es für die Fraktion zentral, einen Sozialabbau zu verhindern und jene Projekte zu unterstützen, die möglichst vielen Stadtberner_innen zugutekommen. Gleichzeitig ortete sie Sparpotenzial beim Wirtschaftsamt oder bei repräsentativen Aufgaben und Events. Das GB ist erleichtert, dass der Stadtrat die lineare Sparlogik korrigiert hat. Die vom GB unterstützte Petition gegen den Sozialabbau, die dem Stadtrat mit 5000 Unterschriften eingereicht wurde, sorgte für den nötigen politischen Druck. Wesentlich beigetragen hat auch die Mobilisierung von Kulturschaffenden, die sich mit einer kreativen Aktion vor dem Stadtrat gegen die Kürzungen in der Kulturförderung wehrten. Bedauerlicherweise unterlag die GB/JA!-Fraktion mit Anträgen zur Stärkung des Klimaschutzes.

Für die kommenden Sparrunden muss der Gemeinderat die vom Stadtrat eingeschlagene inhaltliche Priorisierung ernst nehmen und finanzpolitische Handlungsspielräume nutzen. Nur so kann die Stadt Bern ihre Verantwortung in der Bekämpfung der Klimakrise sowie für eine nachhaltige Wirtschafts- und Konjunkturpolitik wahrnehmen.

Das GB empfiehlt am 29. November ein Ja zum Budget 2021 und bleibt bei den weiteren finanzpolitischen Diskussionen am Ball!

Ursina Anderegg, GB-Stadträtin, Co-Präsidentin GB

Die Petition gegen Sozialabbau wird beim Stadtrat eingereicht.

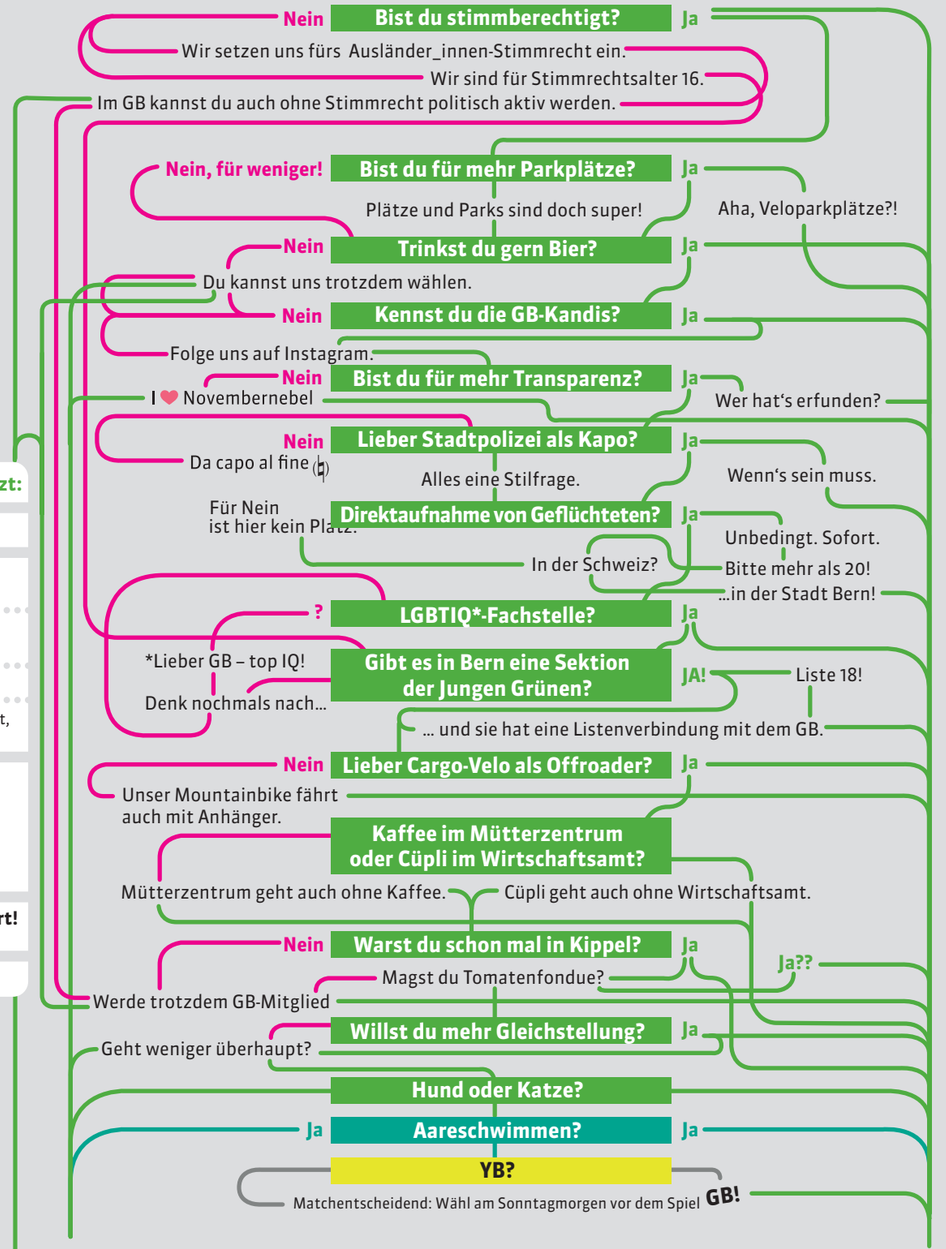
Vorstösse | Erfolge

Eine Finanzkommission für den Stadtrat

● Unter anderem auf Anregung der GB/JA!-Fraktion hat der Stadtrat beschlossen, die finanzpolitischen Kompetenzen des Parlaments zu stärken. Dafür setzte er eine von der GB/JA!-Fraktion präsidierte Sonderkommission ein, die Verbesserungsansätze geprüft hat und dem Stadtrat nun vorschlägt, die Finanzdelegation durch eine Finanzkommission zu ersetzen. Bis jetzt hatte der Stadtrat – anders als die meisten anderen kommunalen und kantonalen Parlamente – keine Kommission mit Aufsichtsfunktion über die Finanzen. Finanzpolitische Geschäfte wie das Budget und die Aufgaben- und Finanzplanung werden in der Finanzdelegation vorberaten, in der Vertreter_innen der drei Sachkommissionen vor allem ihre Kommissionsperspektiven einbringen. Der übergeordnete finanzpolitische Blick fehlte bisher. Folgt der Stadtrat den den Vorschlägen der Sonderkommission, wird es neben der Aufsichts- und den Sachkommissionen neu eine Finanzkommission geben. Über die dafür nötige Revision der Gemeindeordnung werden die Berner_innen 2022 abstimmen können.

Regula Bühlmann, GB-Stadträtin

Gründe fürs Grüne Bündnis: Die Entscheidungshilfe



So unterstützt du uns jetzt:

Geh unbedingt wählen!

Motivier dein Umfeld!
Ruf 5 Freund_innen an.

Aha, du telefonierst nicht gern.

Schreib 5 Freund_innen ein SMS.

Wenn du mehr Freund_innen hast, auch mehr.

Folge uns auf Social Media und teile unsere Inhalte!
@gb.bern
@GruenesBuendnisBern
@GruenesBuendnis

Spende für den Schlussspurt!
CH45 0900 0000 3003 7923 6

Werde GB-Mitglied!

Idee und Text: AG Kommunikation

Am 29. November Liste 28 unverändert einwerfen und Franziska Teuscher 2x auf jede Gemeinderatsliste

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Samstag, 7. November 2020, 16:00h – 18:00h
STAMM-Tisch mit Franziska Teuscher:
Bern für alle
Mehr Infos auf: www.franziska-teuscher.ch

● Dienstag, 10. November 2020, 18:30h
Online Schlussmobilisierung für die Stadtberner Wahlen: GB-Zoom-Call
Du möchtest bei der online Schlussmobilisierung dabei sein? Dann melde dich per Mail unter info@gbbern.ch an. Wir freuen uns auf dich!

● Informiert bleiben und aktiv werden:
Folge uns auf Social Media
Twitter: @GruenesBuendnis
Facebook: @GruenesBuendnisBern
Instagram: @gb.bern
Trete unserem aktiv@GB-Chat
Du möchtest der Whatsapp-Gruppe beitreten oder mehr darüber erfahren? Dann melde dich unter info@gbbern.ch oder 079 289 06 41

● Aktiv werden:
Trete jetzt noch unseren Wahlkampfteams bei!
Du möchtest das GB im Wahlkampf unterstüzen, damit der Berner Stadtrat solidarischer, feministischer und grüner wird? Dann melde dich jetzt unter info@gbbern.ch und helfe mit, Flyer zu verteilen, Debatten auf Social Media zu führen oder kreative Aktionen zu planen.
Du möchest unserer GB-Gemeinderätin, Franziska Teuscher zur Wiederwahl verhelfen, dann melde dich unter www.franziska-teuscher.ch für das Unterstützungskomitee.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein!
Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Sozialpolitik**
Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch
● **AG Finanzen**
Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch
● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: info.internationales@gbbern.ch
● **AG Kommunikation**
Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch
● **AG macht**
Kontakt: info.macht@gbbern.ch
● **AG Ökologie**
Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch
● **AG Polizei**
Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat
Politische Sekretärin: Jelena Filipovic
Grünes Bündnis Stadt Bern
Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
Postfach 2440, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6.
Merci!

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Christine Michel, Jelena Filipovic, Marius Christen, Markus Heinzer, Myriam Duc
Fotos:
Manuel Friedrich, Thomas Eberhard
Gestaltung:
TransForm
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern
Redaktionsschluss grün. Nr. 42:
21. Dezember 2020

SCHLUSS

Jelena Filipovic, Saskia Rebsamen, Klimaaktivistinnen und Stadtratskandidatinnen

Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

Vor einem Jahr haben die GRÜNEN gefeiert: Die #klimawahl2019 war ein historischer Erfolg! Gleichzeitig gaben die Wahlberechtigen den GRÜNEN einen klaren Auftrag: Es ist höchste Zeit für sozialen Klimaschutz! Dazu braucht es neben Aktionen, Demos und zivilem Ungehorsam von uns Klimaaktivist_innen, die den Druck auf der Strasse aufbauen, auch starke Kräfte in der institutionellen Politik, die diesen Druck in konkrete Massnahmen kanalisieren.

Das Fazit nach einem Jahr der langsam mahlenden Mühlen der Bundespolitik ist ernüchternd. Zwar verabschiedete das Parlament das revidierte CO2-Gesetz. Die darin enthaltenen Massnahmen genügen zur Erfüllung des Pariser Abkommens bei Weitem nicht – ein typisch schweizerischer Kompromis. Etwa wird der Finanzplatz, der einer der wirkungsvollsten Hebel im Kampf gegen die Klimakrise sein könnte, vollends ignoriert. Und doch ist das CO2-Gesetz ein richtiger und wichtiger erster Schritt. Kommt hinzu, dass die weiteren, vermeintlich kleineren Schritte – etwa die Implementierung von Massnahmen im Verkehrs- und Gebäudesektor – auf kantonaler und kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Dafür braucht es politische Kräfte wie das GB, das klare Vorstellungen zur Klimaneutralität und -gerechtigkeit hat. Für einen starken Klimaschutz müssen diese Kräfte im Stadtrat gestärkt werden! Für ein Bern mit Zukunft: Am 29. November Listen 28 und 18 wählen!